

Freie Wohlfahrtspflege NRW

Wahlprüfsteine Landtagswahl 2022 - Antwort CDU

1) Klimaschutz in der Freien Wohlfahrtspflege fördern!

Mit welchen Maßnahmen beabsichtigen Sie, soziale Organisationen dabei zu unterstützen, Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen?

Antwort: Wir sprechen uns für eine Anschubförderung zur Markteinführung von Klimaschutztechnologien aus. Mit dem Programm progres.nrw schaffen wir bereits erfolgreich Anreize, damit Privathaushalte und Unternehmen innovative und klimafreundliche Technologien für sich nutzen. Von 2017 bis 2022 haben wir die Fördermittel massiv erhöht und die Förderkulisse modernisiert. Unterstützung durch diverse Beratungsleistungen wird durch unsere landeseigene Gesellschaft NRW.Energy4Climate geleistet. Durch individuelle Beratungs- und Vernetzungsangebote, Workshops, Onlinetools oder durch die Begleitung beim Einwerben von Fördermitteln unterstützen wir Kommunen und Unternehmen dabei, ihre Klimaschutzpotenziale zu entfalten. Die Träger der Freien Wohlfahrtspflege können insbesondere das Bewusstsein von Kindern und Jugendlichen für den Umweltschutz im Alltag stärken und so Umweltbildung bereits im Kindesalter voranbringen. Mit der Arbeit verschiedener Bildungsmaterialien können Gewohnheiten und klimafreundliches Verhalten wie Mülltrennung, Energiesparen und die Vermeidung von Lebensmittelabfällen, vermittelt werden.

2) Ausschreibung von Sozialleistungen, Schutz des sozialrechtlichen Dreiecksverhältnisses!

Wie setzen Sie sich für eine Wahrung des sozialrechtlichen Dreiecksverhältnisses und des Wunsch- und Wahlrechts in NRW ein? Wie werden Sie konkret mit unzulässigen Ausschreibungen von Sozialleistungen umgehen?

Antwort: Wir haben den Kampf gegen den organisierten Missbrauch von Sozialleistungen in NRW verstärkt. Dazu haben wir im Landeskriminalamt die „Task Force NRW“ eingerichtet, die zusammen mit dem Finanz-, Justiz- und Innenministerium gemeinsame Finanzermittlungen durchführt. Tätergruppen, die Familien nach Deutschland locken, für sie Sozialleistungen wie Kindergeld beantragen und sie in prekären Wohnverhältnissen leben lassen, können seither leichter identifiziert und bekämpft werden. Die Sozialleistungen werden von den Tätern ganz oder teilweise einbehalten, die Eltern in illegale Beschäftigung getrieben, während die Kinder betteln oder stehlen gehen. Zusätzlich haben wir die Einführung von fälschungssicheren Schulbescheinigungen getestet, um Rechtssicherheit beim Bezug von Kindergeldleistungen herzustellen. Das Erschleichen von Sozialleistungen auf Kosten der Steuerzahler und zu Lasten der Kommunen verurteilen wir auf das schärfste. Wir werden diesen Weg fortsetzen und uns für einen flächendeckenden Einsatz der Maßnahmen einsetzen.

3) Dem Fachkräftemangel entgegenwirken, die Verhältnisse verbessern!

Welche Strategien setzen Sie ein, um lang-, mittel und kurzfristig mehr Fachkräfte im Sozialbereich zu gewinnen?

Antwort: Wir werden die Zahl der Pflegekräfte erhöhen, z. B. durch die Anwerbung ausländischer Fachkräfte. Wir werden ein Begrüßungsgeld für von einmalig max. 3.000 Euro pro Person zahlen. Perspektivisch wollen wir so bis zu 10.000 neue Pflegekräfte pro Jahr gewinnen. Wir setzen uns für eine dauerhafte Integration und den Verbleib der angeworbenen Fachkräfte in NRW ein. Die Berufsanerkennung ausländischer Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegekräfte haben wir bereits verbessert. Zusätzlich setzen wir uns für eine flächendeckende

Freie Wohlfahrtspflege NRW

und sektorenunabhängige tarifliche Vergütung aller Pflegekräfte ein. Um Pflegepersonal zu motivieren und den Wiedereinstieg zu ermöglichen, unterstützen wir den Ausbau zusätzlicher Kinderbetreuungsmöglichkeiten, schaffen Auffrischkurse oder zahlen eine Wiedereinsteigerprämie. Wir werden zudem ein System für Fachkräftemanagement und -gewinnung etablieren. Mit dem „Arbeitsprogramm zur Personalgewinnung für Kindertageseinrichtungen“ wollen wir Fachkräfte ausbilden, binden und zurückgewinnen: Zudem werden wir die kurze Karriereleiter ausbauen und Qualifizierungsmöglichkeiten verbessern.

4) Die Digitalisierung der Freien Wohlfahrtspflege fördern, für eine lebenswerte Gesellschaft!

Wie werden Sie die Förderung der Digitalisierung der Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege unterstützen?

Antwort: Mit dem Sonderprogramm „Zugänge erhalten - Digitalisierung stärken“ unterstützen wir die Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen dabei ihre sozialen Dienstleistungen, trotz pandemiebedingter Einschränkungen, anzubieten. Innovative und digitale Strukturen der Träger der Freien Wohlfahrtspflege sollen den Menschen neue und optimale Angebote ermöglichen. Aber auch Arbeitsabläufe innerhalb der Organisationen können durch die Digitalisierung verbessert werden. Insbesondere Menschen mit Behinderungen profitieren dabei von den Möglichkeiten einer barrierefreien Gesellschaft durch Digitalisierung. Für die Förderung kommen neben Kitas, OGS-Einrichtungen, Sportvereinen und Jugendeinrichtungen, auch Seniorenheime, bis hin zu Trägern, welche speziell Wohnungs-, oder Arbeitslose, Migrantinnen und Migranten oder Suchterkrankte adressieren, in Frage.

5) Migration und Integration: Heimat ohne Grenzen denken!

Wie planen Sie bei der weiteren Implementierung des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM) – insbesondere im Rahmen der Umsetzung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes (TIIntG NRW) – die verbindliche Einbeziehung der Freien Wohlfahrtspflege?

Antwort: Vielfalt ist unsere Stärke. Deshalb wollen wir Teilhabe ermöglichen und Chancen schaffen – für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen. Die 190 Integrationsagenturen der Freien Wohlfahrt werden wir als unverzichtbare Partner in der Integrationsarbeit weiterhin unterstützen. Denn das kommunale Integrationsmanagement umfasst die (Weiter-) Entwicklung effizienter Strukturen der Zusammenarbeit aller in einer Kommune vorhandenen Ämter und Behörden, die Dienstleistungen zur Integration von Zuwanderern erbringen. Dazu zählen beispielsweise Ausländer- und Jugendämter, Schulverwaltungsamt, Kommunales Integrationszentrum, Arbeitsagenturen und Jobcenter sowie Akteure der Zivilgesellschaft und der Freien Wohlfahrtspflege. Mit dem neuen Teilhabe- und Integrationsgesetz haben wir Verlässlichkeit und langfristige Planungssicherheit u.a. für die Partner der Freien Wohlfahrtspflege geschaffen. Mit einer garantierten Mindestsumme von jährlich 130 Millionen Euro haben wir die kommunale Integrationsinfrastruktur massiv gestärkt. Diesen Weg werden wir fortführen.

6) Offenen Ganztage ohne Lücken denken!

Welche Maßnahmen planen Sie hinsichtlich der Finanzierung und Personalausstattung und damit der qualitativen Ausgestaltung der Ganztagsangebote?

Antwort: Wir haben in den letzten Jahren den offenen Ganztage in Nordrhein-Westfalen gestärkt. Die Plätze in der offenen Ganztagesbetreuung haben wir auf über 362.000 gesteigert. Insgesamt investieren wir fast 190 Millionen Euro zusätzlich in den Offenen Ganztage, dies ist eine Erhöhung um rund 41 Prozent seit 2017.



Freie Wohlfahrtspflege NRW

Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern. Daher begrüßen wir den Rechtsanspruch auf einen offenen Ganztagsplatz ab 2026. Mit dieser Entscheidung des Bundes kommen auf die Kommunen und das Land jedoch große finanzielle Belastungen zu. Wir sehen den Bund in der Pflicht, seinen Beitrag dauerhaft zu leisten. Wichtig ist uns dabei, dass der Offene Ganztags über einen hohen Qualitätsstandard verfügt. Wir werden uns für den weiteren Ausbau des Offenen Ganztags einsetzen.

7) Armut: Jugend braucht Chancen!

Mit welchen konkreten Maßnahmen werden Sie der Armut, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen entgegenwirken und die Lebensverhältnisse sozial Benachteiligter verbessern?

Antwort: Kinderarmut wollen wir weiter verringern. Kinder sind arm, wenn ihre Eltern ohne Arbeit sind. Deshalb werden wir eine Agenda „Kein Kind in Armut – Für Eltern in Arbeit“ initiieren. Wir wollen Eltern ohne Arbeit gezielt ansprechen, fördern und dafür notwendige Netzwerke etablieren um den Einstieg in Arbeit zu erleichtern, Chancen zu eröffnen. Wir werden die bestehenden Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut weiterentwickeln. Dabei bauen wir auf unseren Programmen „Kein Kind ohne Mahlzeit“, „Kinderstark“ und „Kommunale Präventionsketten“ auf. Zusätzlich wollen wir das erfolgreiche Programm „Zusammen im Quartier“ mit über acht Millionen Euro und über 100 Projekten für benachteiligte Kinder, Jugendliche und Familien fortsetzen. Gleichzeitig wird mit dem DigitalPakt Schule dafür gesorgt, dass benachteiligte Schülerinnen und Schüler aus einkommensarmen Familien mit digitalen Endgeräten ausgestattet werden. Wir setzen uns für die Kindergrundsicherung ein, damit Kinder und Jugendliche nicht weiter auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch angewiesen sind.

8) Quartiersarbeit stärken!

Welche Maßnahmen planen Sie, um eine verlässliche und nachhaltige Finanzierung der Quartiersarbeit zu gewährleisten und wie stehen Sie zu der Forderung einer Einrichtung und Finanzierung von Quartierskoordinator*innen in Kommunen?

Antwort: Wir wollen das erfolgreiche Programm „Zusammen im Quartier – Kinder stärken – Zukunft sichern“ mit über acht Millionen Euro und über 100 Projekten zur Bekämpfung von Armut bei Kindern, Jugendlichen und Familien in benachteiligten Stadtteilen fortsetzen. Die Projekte werden unter anderem von Trägern der Wohlfahrtspflege durchgeführt. Dabei werden so genannte „Quartierskümmerer“ als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner eingesetzt. Kinder, Jugendliche und ihre Familien, die über die üblichen Unterstützungsangebote in den Kommunen nicht erreicht werden konnten, werden gezielt adressiert. Ihnen werden Möglichkeiten und Chancen zur Verbesserung ihrer Lebenssituation vermittelt. Hier steht die Hilfe zur Selbsthilfe im Fokus. Neben den „Quartierskümmerern“ werden auch gesundheitsfördernde Strukturen verankert. Beispielsweise werden Sport- und Bewegungsangebote angeboten oder Informationen rund um gesunde Ernährung bereitgestellt. Außerdem steht die Förderung und Stärkung der Kompetenzen der Kinder und Jugendlichen im Vordergrund.

